

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihre Anfrage.

Für mich ist klar: Das derzeitige System der Altersversorgung für Abgeordnete ist reformbedürftig. Es ist schwer vermittelbar, dass für Abgeordnete eigene Versorgungsregeln gelten, während die große Mehrheit der Menschen in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlt und dabei oft nur geringe Rentenansprüche erwirbt.

Ich unterstütze daher ausdrücklich das Ziel, die Altersversorgung von Abgeordneten grundlegend umzustellen und künftig in die gesetzliche Rentenversicherung zu integrieren. Die Linke hat sich dafür in der Vergangenheit auf Landes- wie auf Bundesebene wiederholt eingesetzt.

Gleichzeitig halte ich es für wichtig, eine solche Reform sorgfältig und rechtssicher auszugestalten. Der vorgelegte Gesetzentwurf ist ein möglicher Vorschlag, ersetzt aber nicht die notwendige parlamentarische Beratung und Abwägung. Eine Festlegung auf einen konkreten Entwurf innerhalb der ersten sechs Monate der Legislaturperiode wird der Komplexität des Themas aus meiner Sicht nicht gerecht.

Für mich gehört zur Ehrlichkeit in dieser Debatte auch: Es geht nicht nur um die Altersversorgung von Abgeordneten, sondern insgesamt um mehr Gerechtigkeit im Rentensystem. Während einige wenige von sehr guten Versorgungssystemen profitieren, müssen viele Menschen im Alter mit deutlich zu wenig auskommen. Das ist das eigentliche Problem, das politisch gelöst werden muss.

Ich setze mich deshalb dafür ein,

- dass Abgeordnete künftig in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen,
- dass das Rentenniveau insgesamt wieder angehoben wird,
- und dass Altersarmut wirksam bekämpft wird.

Eine Reform der Abgeordnetenversorgung ist ein notwendiger Schritt – sie muss aber Teil einer umfassenden Rentenpolitik sein, die für alle Menschen mehr Sicherheit im Alter schafft.

Mit freundlichen Grüßen
Antonia Kaloff